

Verquere Ideale

Zum Streit um das dreizehnte Schuljahr

Seitdem die Länderfinanzminister die Idee ventilieren, das dreizehnte Schuljahr resp. das neunte Gymnasialjahr zu streichen, und wenigstens einige Ministerpräsidenten – schwarze vor allem – begannen, an dem Vorschlag Gefallen zu finden, scheint aus dem Für und Wider eine Art Glaubensstreit zu werden. Die Gegner der Idee sind dabei wesentlich lauter und zahlreicher als ihre teils entschiedenen, teils halbherzigen Befürworter. Andere Ministerpräsidenten – vor allem rote im Westen – wollten die Frage „nicht einmal mit den Fingern angefaßt“ haben. Aus dem rot-grünen Politikspektrum wird der bildungspolitische Weltuntergang für den Fall verkündet, daß sich die Finanzminister gegen die von dem Vorhaben insgesamt ganz und gar nicht begeisterten Kultusminister durchsetzen sollten.

Aus dem erlebnisgesellschaftlichen Bildungsbürgertum kommt Widersprüchliches. Die einen fürchten von dem einen Schuljahr weniger eine weitere Aushöhlung des Gymnasiums, damit Niveauverlust und die endgültige Entwertung des Abiturs als Hochschulzugang. Die anderen sehen an dem Einstieg in die Schulzeitverkürzung wieder einmal die scharfen Selektierer am Werk, die, was an Verbreiterung von Bildungszugängen, an „Demokratisierung“ des Bildungssystems bislang erreicht wurde, wieder rückgängig machen und durch die Hintertür konjunkturbedingter Sparzwänge von neuem das „alte Elitegymnasium“ durchsetzen möchten.

Aus den *Elternverbänden* kommt ebenfalls mehr Widerstand als Zustimmung: Ohne (zusätzlichen) Nachmittagsunterricht, ohne Ganztagschulen sei der Lernstoff bei verkürzter Schulzeit nicht zu bewältigen. Auf die Kinder und Jugendlichen komme zusätzlicher Streß zu. Der Philologenverband und die

GEW fürchten einträchtig den Abbau von Lehrerstellen, den Wegfall anrechenbarer Nebentätigkeiten im Dienste der Schule und des Kollegiums und um zusätzliche Schulstunden erweiterte Deputate. Immerhin meinten die Finanzminister mit ihrem Vorschlag ja, an die 1,4 Mrd DM und rund 15000 Lehrerstellen einsparen zu können.

Doch wie stichhaltig sind die Argumente, und was verdecken sie? Es ist gewiß mehr als ein Schönheitsfehler, daß man dem dreizehnten Schuljahr ausgerechnet mit Sparargumenten ans Leben will, der Bildungsbedarf sich quasi nach den Konjunkturdaten und Haushaltskalamitäten richten soll und daß der Anstoß dazu von den Finanzministern kommt. Das Beispiel Ex-DDR als Anknüpfungspunkt ist auch nicht besonders plausibel. Und holterdiepolter von heute auf morgen läßt sich so etwas zumal in einem Bundesstaat mit Kulturhoheit der Länder weder organisatorisch noch inhaltlich umsetzen.

Aber wann sind in geistig *immobilen Anspruchsgesellschaften* einschneidende Reformvorhaben oder selbst solche, die es nur dem Anschein nach sind, überhaupt noch durchsetzbar, wenn sie nicht in Zeiten knapper Kassen angestoßen werden? Und eine Anpassungsentscheidung wird kommen müssen. Schon wegen des Anspruchs auf Gleichwertigkeit wird es nicht auf Dauer bei dreizehn Schuljahren im Westen und zwölf im Osten bleiben können.

Doch ist als Allererstes schlicht festzuhalten, was meist unterschlagen oder nur schüchtern angedeutet wird: Das dreizehnte Schuljahr resp. neunte Gymnasialjahr ist jetzt schon höchstens ein halbes. Die deutschen Länder leisten sich ein international konkurrenzlos aufwendiges Abitur. Es beginnt unterschiedlich von Bundesland zu Bundesland ab Mitte Januar mit den schriftlichen Prüfungen. Daß in der Abiturszeit noch bildungsträchtiger Unterricht stattfindet, bezeichnen selbst viele Lehrer als „schöne Theorie“. Ein zeitlich wie organisatorisch konzentriertes, unmittelbar an das achte Gymnasialjahr angeschlossenes Abitur tät's auch. Das

achte Jahr bliebe voll erhalten. Es ist nicht einzusehen, wie so die „Zukunft unserer Kinder“ oder das intellektuelle Niveau einer ganzen Nation kaputtgehen könnte. Zeitliche „Einsparungen“ mögen wenig in das Konzept von Lehrerverbänden passen, man mag beschäftigungspolitische Argumente dagegen vortragen, aber ein Bildungssystem ist nicht des Beschäftigungs-, sondern des Bildungsbedarfs wegen da.

Das geradezu Horrende an dem Streit um das neunte Gymnasialjahr ist aber, daß Bildungspolitiker wie Bildungsbürger offenbar nur noch in Zeit- und Organisationskategorien zu denken fähig sind. Am *Zeitfaktor* hauptsächlich oder gar allein soll die Qualität eines Bildungssystems hängen? Über Bildungsziele und die pädagogische Vermittlung von Inhalten wird überhaupt nicht nachgedacht oder doch hauptsächlich nur in der Weise, daß allein in *Quantitäten* gedacht wird: Soundsoviel Stoff braucht soundsoviel Zeit.

Daß jeder, der einmal ein Gymnasium besucht hat, weiß, daß neben Notwendigem und Nützlichem viel Überflüssiges vermittelt wird, wird offenbar gerade von jenen vergessen, die es am besten wissen müßten: die Lehrer, die Bildungspolitiker und ihre bildungsbürgerliche Klientel. Ob vier oder fünf Jahre Latein, ist für das langfristige Bildungsergebnis belanglos. Ob fünf oder sieben Klassiker-Dramen gelesen werden, ebenfalls.

Erst recht scheint in Vergessenheit zu geraten, daß angesichts des immensen Zuwachses an Wissen und anbietbarer Information es weniger denn je auf die vermittelten Stoffe, sondern auf die *Einübung in den Umgang mit dem verfügbaren Wissen* ankommt. Die bildungspolitische Grund- und Fleißaufgabe besteht heute doch darin, von Grund auf neu zu überlegen, was Menschen in welcher gesellschaftlichen Lage und beruflichen Situation an Wissen und Umgangsfähigkeit mit Wissen brauchen, um mit sich selbst zurechtzukommen und ihre Rechte und Pflichten in der Gesellschaft wahrnehmen zu können. Dazu reichen weder klassische Bil-

dungsideale noch hilft die Vermehrung von Stoff und Fächern weiter.

Vor allem muß neu überlegt und entschieden werden, was Schule beim heute gegebenen technischen und gesellschaftlichen Zivilisationsstandard vermitteln muß und wo Schule auch entlastet werden kann, was Jugendliche heute außerhalb der Schule von selbst lernen (Stichwort „Kulturtechniken“). Erst wenn man sich diesen Fragen unverstellt zuwendet, wird man zu einer Bildungsreform kommen, die ihren Namen auch wirklich verdient.

Wer auf diesem Weg weiterkommen will, wird allerdings auch von seinen zurechtgemachten Vorstellungen von gesellschaftlicher Egalisierung durch Bildung lassen müssen. Wer zu Recht Chancengleichheit durch ausgleichende Bildungsförderung sozial Benachteiligter fordert, der muß Begabung und Einsatz als Auswahlkriterium in der Chancenwahrnehmung gelten lassen. Sonst wird sich die zweite Bildungskatastrophe, die wir jetzt erleben, bald in einer dritten fortsetzen. Das dreizehnte Schuljahr wird uns bestimmt nicht davon bewahren. se

Sprachprobleme

Der „Neukatechumenale Weg“ zwischen verbreiteten Vorbehalten und kirchenamtlicher Förderung

In zwei Pressemeldungen machten in den letzten Wochen die „Geistlichen Gemeinschaften des neukatechumenalen Weges“ auf sich aufmerksam, Meldungen, die gerade in ihrer Gegensätzlichkeit einiges von der Spannung zum Ausdruck bringen, in der diese Bewegung gegenwärtig steht bzw. gesehen wird.

Das *Bistum Berlin* gab bekannt, daß 23 Priesteramtskandidaten aus elf Nationen ihre Ausbildung in dem neu errichteten „Internationalen Seminar-Kurs ‚Redemptoris Mater‘ der Diözese Berlin zur Heranbildung zum Priestertum

für die Neuevangelisierung“ – so der vollständige Name – aufgenommen haben. Der Seminarkurs – hebt die Mitteilung der diözesanen Pressestelle hervor – untersteht der Autorität des Bischofs von Berlin, existiert aber unabhängig vom Berliner Priesterseminar.

Als Anlaß, sich auf dieses Experiment einzulassen, wird immer wieder der ausgesprochen geringe Priesternachwuchs im Bistum Berlin genannt. Nach Abschluß ihrer Ausbildung sollen die künftigen Priester einige Jahre in der Seelsorge des Bistums Berlin tätig sein und schließlich ihren „missionarischen Auftrag in entchristlichten Ländern erfüllen“. Angaben darüber, welche Dozenten die Ausbildung der Studenten übernehmen, sind von offizieller Seite nicht zu erhalten. Man weiß aber, daß Theologieprofessoren aus Rom „eingeflogen“ werden sollen. Bereits seit Herbst 1991 lebt der größte Teil der den jetzt offiziell eingerichteten Seminarkurs bildenden Studenten in Berlin. Das Neukatechumenat unterhält weltweit etwa 20 Priesterseminare.

Das eigentlich Bemerkenswerte an diesem Vorgang ist jedoch etwas, das in der Mitteilung der Pressestelle nicht ausdrücklich erwähnt wird: Der Bischof von Berlin, Kardinal *Georg Sterzinsky*, ist mit dieser Entscheidung von seinem ursprünglichen Plan abgerückt, in Berlin ein *Priesterseminar* einzurichten, das ausschließlich Mitgliedern dieser Bewegung vorbehalten gewesen wäre. Vor gut einem Jahr war die entsprechende Absicht des Berliner Bischofs bekannt geworden (vgl. HK, März 1992, 148) und hatte in den diözesanen Gremien und weit über die Diözese hinaus Befremden ausgelöst. Die Gründung in der Form eines „Seminarurses“ ist vor diesem Hintergrund als ein *Rückzug* bzw. als Kompromiß gegenüber den ursprünglichen Plänen zu bewerten.

Sosehr ihr Grundanliegen – die Erneuerung und Vertiefung des Taufversprechens – gegenwärtig in zahlreichen Gemeinden und von vielen geistlichen Bewegungen und Gemeinschaften geteilt wird – die Gemeinschaften des neukatechumenalen Weges, 1964 in den Ar-

menvierteln von Madrid entstanden, sind vor allem wegen der z.T. erheblichen Konflikte und Spaltungerscheinungen, die ihre Arbeit in Pfarreien brachten, nicht wenig umstritten.

Eine schon klassische Konfliktkonstellation im Zusammenhang mit den Neukatechumenalen ist das Nebeneinander von Pfarrgottesdiensten und speziellen Gottesdiensten mit Sonderriten für die neukatechumenalen Gruppen. Fundamentalistischer Umgang mit der Glaubenswahrheit, wenig dialogischer Stil der katechumenalen Unterweisung, problematische Konzentration auf die eigene Gruppe, eine mit der Ekklesiology des Zweiten Vatikanischen Konzils kaum vereinbare Fixierung auf die kirchliche Hierarchie (vgl. *Roman Bleistein*, in: *Stimmen der Zeit*, Juli 1992, 435ff.; *Joseph Buckley*, in: *The Tablet*, 11.2.89, 149ff.) – so und ähnlich lauten vielfach zu hörende Einwände gegenüber dieser Form katechumenaler Glaubenserneuerung. Mitglieder von Gruppen des neukatechumenalen Weges betonen demgegenüber immer wieder, man verstehe sich weder als eine eigenständige Bewegung, noch verfolge man das Ziel, Strukturen zu schaffen, die in Konkurrenz mit den Pfarreien treten.

Im Gegensatz zur verbreiteten kritischen Sicht genießen die Neukatechumenalen in einflußreichen Teilen der kirchlichen Hierarchie erhebliches Wohlwollen. Rund 140 Bischöfe vornehmlich aus Europa trafen sich im April in Wien auf Einladung des Neukatechumenalen Weges. Auch Kardinal *Sterzinsky* war unter den Teilnehmern. Zu den Themen des Treffens gehörte u. a. die Rolle der von dieser Bewegung zusammen mit den jeweiligen Diözesen betriebenen Priesterseminare bzw. seminarähnlichen Einrichtungen. Der Vizepräsident des Päpstlichen Laienrates, Bischof *Paul Cordes*, päpstlicher Beauftragter für das Neukatechumenat, überbrachte eine Botschaft des Papstes. 1990 hatte Johannes Paul II. den Gemeinschaften des neukatechumenalen Weges als „Weg katholischer Glaubensbildung“ eine gewisse kirchenamtliche Anerkennung ausgesprochen (vgl. HK, Dezember 1990, 589).